



Interviews

"Informationen am Morgen", 23.8.2022, 6:50 Uhr

Wie umgehen mit den Folgen der Energiekrise?

Zur Debatte über Entlastungen

Philipp May im Gespräch mit Stephan Weil, SPD, Ministerpräsident in Niedersachsen

Philipp May: Es wird ein drittes Entlastungspaket geben, das ist klar. Nur wie das aussehen soll, da gehen die Meinungen weiter auseinander. Und die Wortmeldungen schießen auch weiter durcheinander. Klar scheint nur, Christian Lindner, FDP-Chef und Finanzminister, ist nicht bereit, die Schuldenbremse nochmals auszusetzen und hält gleichzeitig an der Abschaffung der Kalten Progression fest, was vor allem den Einkommensstärkeren zugutekommen würde – offenbar auch mit dem Segen des Bundeskanzlers.

Am Telefon ist jetzt Stephan Weil, SPD-Politiker und Ministerpräsident von Niedersachsen, im Wahlkampf. Dort wird Anfang Oktober gewählt. Guten Morgen, Herr Weil!

Stephan Weil: Hallo! – Ich grüße Sie herzlich.

May: Machen wir direkt mal da weiter, wo der Beitrag aufgehört hat. Können Sie mit diesem Kompromiss zum Dienstwagen-Privileg leben?

Weil: Ich finde, das klingt erst einmal ganz vernünftig. Aber man müsste es sich wirklich sehr im Einzelnen angucken. Das ist eine Erfahrung, die man bei Steuerdiskussionen immer wieder gemacht hat.

May: Diese Erfahrung heißt, dass im Einzelfall der Teufel im Detail steckt?

Weil: So ist das. Unser Steuerrecht ist ja hoch kompliziert und es empfiehlt sich immer, erst mal ganz genau hinzugucken, bevor man sich abschließend eine Position bildet.

May: Haben Sie denn noch den Überblick bei der Zahl der Vorschläge für Entlastungen?

Weil: Im Wesentlichen, glaube ich, eigentlich schon. Es geht aus meiner Sicht insbesondere um die Menschen mit den kleinen und den niedrigen mittleren Einkommen. Das sind diejenigen, die sich jetzt Sorgen machen müssen und die von den Preissteigerungen viel härter betroffen sind als Menschen, die gut verdienen. Da ist insbesondere das Thema Wohngeld in der Diskussion, aber da fehlen uns Einzelheiten. Da fehlt uns Substanz, um feststellen zu können, ob wir damit tatsächlich den Durchbruch erzielen können. Das wird aber in jedem Fall erst zum Jahresanfang möglich sein. Deswegen glaube ich und viele andere auch, wir müssen insbesondere noch einmal mit Einmalzahlungen vor allen Dingen bei denjenigen in-

tervenieren, die bis jetzt leer ausgegangen sind in dieser Hinsicht. Da denke ich insbesondere zum Beispiel an Rentnerinnen und Rentner oder aber auch an Studierende ohne Zusatzeinkommen.

Dann reden wir bei den mittleren Einkommen vor allem über das Thema der Kalten Progression. Das ist nicht nur ein Thema für die hohen Einkommen, das muss man deutlich sagen, und deswegen habe ich auch als ein aufrechter Sozialdemokrat mit diesem Thema kein Problem. Das könnte durchaus ein geeignetes Mittel sein, gerade auch bei diesen mittleren Einkommen für Entlastung zu sorgen. Das sind meines Erachtens die wesentlichen Themen, die wir haben, und dazwischen muss man jetzt auch versuchen, die richtige Lösung zu finden. Dann gibt es aber immer noch weitere Forderungen, höheres Kindergeld und so weiter und so weiter, aber ich glaube, das sind die Hauptthemen.

May: Aber das klingt vor allen Dingen danach, dass das ziemlich teuer wird. Geht das ohne weitere Aussetzung der Schuldenbremse?

Weil: Zunächst einmal muss man sehen, dass der Staat auch derzeit hohe Mehreinnahmen hat. Das liegt daran – das wissen wir aus der Diskussion um die Gasumlage -, dass er über die Mehrwertsteuer auch immer mitpartizipiert, wenn Preise erhöht werden. Das ist ein sicherlich befremdlicher Mechanismus, aber der ist nun mal da, und deswegen glaube ich, dass wir da in dieser Hinsicht schon in vielerlei Hinsicht bewegungsfähig sind.

Es ist übrigens nicht in erster Linie der Bund, der dann immer finanzieren muss, sondern Länder und Kommunen, um das auch einmal klar zu sagen.

Was die Schuldenbremse angeht, da ist meine wirklich feste Überzeugung: Wir werden erleben, dass so viele Branchen in große Probleme hineingeraten, dass schon deswegen der Bundesfinanzminister seine Position überprüfen muss, und das ist doch auch folgerichtig. Wir haben in der Bankenkrise die Banken gerettet, aus guten Gründen. In der Pandemie haben wir viele Wirtschaftsunternehmen gerettet und hatten sehr gute Gründe dafür. Und jetzt haben wir die Situation, dass viele Menschen, aber auch viele Unternehmen sich allergrößte Sorgen machen wegen eines Problems, von dem wir hoffen, dass es uns nicht auf Dauer erhalten bleibt.

May: Aber der Bundesfinanzminister Christian Lindner sagt, er will Kurs halten. Wer sagt es denn Christian Lindner?

Weil: Das wird sicherlich die Öffentlichkeit tun müssen. Wir stehen ja – das muss man auch nüchtern konstatieren – nicht am Ende der Krise, sondern eher noch relativ am Anfang. Ich kriege im Moment geradezu täglich neue Meldungen aus unterschiedlichen Bereichen, zum Beispiel der Wirtschaft, in denen deutlichgemacht wird: Viele Unternehmen haben maximale Probleme, mit diesen Preissteigerungen fertig zu werden, und das ist im Grunde dieselbe Ausgangslage wie bei der Pandemie. Wir können uns fragen, wollen wir zuschauen, dass viele dieser Unternehmen vom Markt verschwinden, keine Steuern mehr zahlen, keine Gehälter, keine Sozialversicherungsbeiträge, oder intervenieren wir als Staat. Ich behaupte, Letzteres ist auch für den Staat wesentlich wirtschaftlicher.

May: Nur wenn der Staat immer weiter interveniert, dann steigen auch die Preise, wenn immer mehr Geld auf dem Markt ist. Da hat Christian Lindner durchaus einen Punkt, dass er sagt, genau das wirkt inflationstreibend.

Weil: Wir müssen erst mal schauen, dass wir in einer Situation, in der die Energiekosten jedes früher denkbare Maß überschritten haben, eine Beruhigung reinbringen. Das wird uns insbesondere, glaube ich, im Laufe des nächsten Jahres hoffentlich gelingen. Aber wenn wir in der Zwischenzeit in Kauf nehmen, dass wirklich eine Insolvenzwelle über die verschiedensten Branchen einbricht, dann haben wir mit Zitronen gehandelt. Denken Sie nur mal an den Einzelhandel. Es ist doch völlig klar, jetzt wird sehr, sehr viel Kaufkraft abgezogen durch die Energiepreissteigerung. Die Einzelhändler berichten von deutlichen Umsatzrückgängen. Und wollen wir jetzt wirklich zusehen, dass überall massenhaft die Läden schließen? Das glaube ich nicht.

May: Wenn Sie sagen, wir müssen die Energiepreise beruhigen, dann kommt einem direkt die Gasumlage in den Sinn. Die Bundesregierung hat einerseits die Gasumlage verkündet beziehungsweise die Höhe der Gasumlage wurde dann verkündet, und kurz danach hat die Bundesregierung mehr oder weniger in einer kurzfristigen Aktion beschlossen, die Mehrwertsteuer auf Gas zu senken. Hätte man auch einfach den Energieversorgern das Geld direkt geben können.

Weil: Ja, hätte man machen können, hätte aber im Ergebnis jetzt auch nichts Großes ausgemacht. Es gibt jetzt den Streit der Gelehrten, ob diese Mehrwertsteuersenkung ganz genau die Gasumlage kompensiert oder vielleicht nicht, aber im Kern kann man schon sagen, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher weitestgehend an dieser Stelle neutral gestellt sind.

May: Das führt aber zu viel mehr Bürokratie und sieht ein bisschen aus wie handwerkliche Flickschusterei. War die Gasumlage möglicherweise von vornherein ein Fehler?

Weil: Nein, das würde ich nicht sagen. Wir müssen vor allen Dingen dafür sorgen, dass unbedingt auf der Ebene des Großhandels die Energiewirtschaft stabilisiert wird. Das Letzte, was wir jetzt gebrauchen könnten, wäre eine destabilisierte Energiewirtschaft, und insofern muss ich sagen, dass der Staat da reingegangen ist, das fand ich richtig. Über die Vorgehensweise kann man im Einzelnen sicherlich immer diskutieren.

May: Aber jetzt haben auch einige Unternehmen Geld aus der Gasumlage beantragt wie beispielsweise RWE oder auch EWE bei Ihnen in Niedersachsen, die nicht vor der Insolvenz stehen, um es mal vorsichtig zu formulieren.

Weil: Diejenigen, die sich direkt am Weltmarkt die Energie beschaffen, werden in der Tat auch riesige Preise bezahlen müssen. Gerade in der letzten Zeit sind diese Energiepreise leider noch mal deutlich gestiegen. Das ist übrigens etwas, was ich auch von vielen kleineren Stadtwerken derzeit höre. Da gibt es die größte Sorge. Wir haben große Abflüsse wegen der enorm hohen Energiekosten, aber es gibt relativ wenige Zuflüsse. Viele Kundinnen und Kunden der Energiewirtschaft werden auf dieser Grundlage schlichtweg nicht zahlen können.

Das ist übrigens ein Grund dafür, warum ich glaube, wir werden auch um einen Schutzschirm für Stadtwerke gar nicht drum herumkommen.

May: Da hätte jetzt nicht gereicht, um wieder zur Gasumlage zurückzukehren, dass man einfach das macht: Der Staat rettet die Energieversorger, die in Schieflage gehen, und dann hätte man von vornherein auf die Gasumlage verzichten können.

Weil: Noch mal: Darüber kann man sicherlich streiten. Für mich ist das Ergebnis entscheidend, nämlich dass tatsächlich Verbraucherinnen und Verbraucher in dieser Hinsicht weitgehend neutral gestellt sind. Unsere Probleme stellen sich in anderer Hinsicht.

May: Ist es mit Einmalzahlungen getan, oder muss es möglicherweise dauerhafte Transferleistungen geben, bis die Krise vorbei ist?

Weil: Mit Sicherheit, mit Sicherheit. Wir werden mit Einmalzahlungen alleine nicht durchkommen. Ich nehme an, da viele Änderungen erst realistischer Weise am Jahresanfang eintreten, dass wir vorher Einmalzahlungen machen müssen, insbesondere noch einmal bei den Menschen mit dem kleinen Geldbeutel. Aber dass diese Krise eher zwei Jahre andauern wird, davon müssen wir leider ausgehen, und deswegen ist sehr zu empfehlen, dass man strukturelle Änderungen vornimmt. Wenn wir jetzt zum Beispiel eine große Wohngeld-Reform machen sollten, dann muss die so angelegt sein, dass sie durchaus dauerhaft wirkt.

May: Wären Sie eigentlich für eine Übergewinnsteuer?

Weil: Mit mir kann man jedenfalls sehr gut darüber reden. Man muss ja sagen, wir haben vorhin über das Thema Schuldenbremse und Notlage gesprochen. Wenn der Staat Einnahmen nicht realisiert, die er realisieren könnte, dann steigt umgekehrt der Druck umso stärker, dass er seine Aufgaben auf andere Weise finanziert. Mit mir kann man über die Übergewinnsteuer gut reden. Es ist so, dass andere europäische Länder in dieser Hinsicht vorangegangen sind und auch gute Erfahrungen gemacht haben.

May: Aber auch da sagt die FDP, das ist mit uns nicht zu machen, weil die argumentieren, am Ende zahlen das auch die Verbraucherinnen und Verbraucher und nicht die Konzerne.

Weil: Das ist richtig und meine These ist, dass Christian Lindner sich in dieser Hinsicht noch durch den Lauf der Zeit wird korrigieren müssen. Der Druck wird zu groß werden, dass das gar nicht durchhaltbar sein wird. Wir sind nicht auf dem Zenit der Krise, sondern immer noch am Anstieg. Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in unserer Gesellschaft akzeptiert wird, wenn in dieser, wirklich für viele Menschen existenziellen Krise, der Staat zaudert und mehr oder weniger tatenlos ist. Wir haben gute Erfahrungen mit einem starken, mit einem aktiven Staat gemacht und die müssen wir jetzt wiederholen.

May: Zaudert der Staat denn aktuell? Wir reden jetzt schon relativ lange über ein drittes Entlastungspaket und noch wissen wir noch nicht so richtig, wo die Reise hingeht.

Weil: Ja, wir brauchen Klarheit. Das ist doch völlig klar. Diese Diskussion geht jetzt schon einige Wochen und sie ist auch notwendig, aber sie muss jetzt auch zu Ende gebracht werden und ich würde mich sehr freuen, wenn die Bundesregierung sehr schnell auch klipp und klar sagt, wie ihre Pläne sind. Da muss etwas passieren, da sind sich, glaube ich, inzwischen fast alle einig. Dann soll es bitte aber auch schnell kommen.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.